

Frischluff für die Schulzimmer

Die freie Schulwahl stösst bei Politikern und Pädagogen auf Ablehnung. Der gesellschaftliche Zusammenhalt stehe auf dem Spiel, warnen sie. Dabei profitieren gerade die sozial Schwachen. Der Wettbewerb fördert die Qualität. Was die Bürokratie verliert, gewinnen die Eltern. *Von Philipp Gut*



«Niemand will sein Kind in eine Schule schicken, die nicht funktioniert und in der es nichts lernt»: Erstklässler in Zürich.

Die Nation zeigt sich selten so einig. Die freie Schulwahl, so scheint es, hat in der Schweiz keine Chance. In drei Kantonen kam das Anliegen in den letzten Jahren vors Volk – und dreimal wurde es abgeschmettert. Im Kanton Basel-Landschaft sagten 79,2 Prozent der Stimmbürger nein zu einer entsprechenden Vorlage des Vereins Elternlobby, in St. Gallen betrug der Nein-Stimmen-Anteil 82,5 und im Thurgau gar 83 Prozent. Rund vier Fünftel der Stimmbürger wollen also nicht, dass die Eltern die Schule ihrer Kinder frei wählen können und dass das Geld, das ein Volksschulplatz durchschnittlich kostet, an die Bildungsinstitution ihrer Wahl fliesst.

Und der negative Trend setzt sich fort. Vergangene Woche verwarf der Zürcher Kantonsrat die Initiative «Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» mit 147 zu 10 Stimmen (bei 3 Enthaltungen). Zuvor hatte sich schon das So-

lothurner Parlament gegen die Schulwahl ausgesprochen. Laut Protokoll der Sitzung vom 2. November war die «grosse Mehrheit» der Parlamentarier gegen die Initiative. Nur «einige Stimmen» verirrt sich ins Pro-Lager.

Lehrer fürchten Konkurrenz

Unter Politikern, das zeigen die jüngsten Resultate aus den Kantonen, fällt die Ablehnung noch einhelliger aus als beim Rest der Bevölkerung. Weder linke noch rechte Parteien unterstützen das Begehren. Selbst die FDP, laut Eigenwerbung das «liberale Original», lehnt die Liberalisierung der Volksschule ab. Die Befürworter bleiben Aussenseiter, in allen Parteien.

Dasselbe gilt für Lehrer und Bildungsexperten. Lehrpersonen hegten eine «deutlich stärkere Abneigung gegenüber der Privatschulwahl», schreibt der Bildungsökonom Stefan Wolter in einer Untersuchung aus dem Jahr

2011 («Wer hat Angst vor Schulwahl?»). Wer im Bildungsbereich arbeite, beurteile «Wettbewerb steigernde Reformen» grundsätzlich skeptisch. Das zeigten auch frühere Studien.

Vor diesem Hintergrund ist Wolters Untersuchung schon fast ein subversiver Akt. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) untersagt es dem Leiter der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), sich öffentlich zum Thema zu äussern. Offensichtlich hat die Idee, die Staatsschulen systematisch privater Konkurrenz auszusetzen, in Bildungs- und Politikerkreisen den Charakter eines Tabus. Er kenne «keinen einzigen» Kollegen, der für die freie Schulwahl eintrete, sagt ein Schweizer Pädagogikprofessor, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will.

Die Meinungen scheinen also gemacht, die Abwehrfront ist flächendeckend aufgezogen.

Aber ist die Lage wirklich so klar? Bleibt das staatliche Schulmonopol, das im 19. Jahrhundert entstanden ist, auch heute noch und bis in alle Ewigkeit ohne Alternative? Oder gibt es nicht doch vernünftige und prüfungswerte Argumente, die für mehr Freiheit und Vielfalt im Schulwesen sprechen?

Die letzte heilige Kuh

Wo alle in eine Richtung rennen, ist Vorsicht geboten. Die Volksschule ist, nachdem die Armee in den letzten zwanzig Jahren ihren Glanz verloren hat, so etwas wie die letzte heilige Kuh des Landes. Sie gilt als Ort, wo die künftigen Generationen jenseits aller sozialen, kulturellen und ethnischen Grenzen zusammenfinden und gemeinsam das intellektuelle und wirtschaftliche Kapital von morgen bilden. Die Volksschule, schreibt der Zürcher Regierungsrat im Zusammenhang mit der Schulwahl-Initiative in seinem Antrag ans Parlament, führe «die jungen Menschen während elf Jahren über die Grenzen der Herkunft, der sozialen Schichten, der Sprachen und der Kultur zusammen». Sie sei ein «zentraler gesellschaftlicher Integrationsfaktor» und forme «die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt».

Die Botschaft ist klar: Nur die staatlichen Schulen garantieren den sozialen Kitt im Land. Wird die ordnende Hand des Staates zurückgebunden, droht die Gesellschaft auseinanderzudriften. Die freie Schulwahl, so warnt die Zürcher Regierung, führe «zu einer schulischen und letztlich gesellschaftlichen Entmischung (Segregation)». Es würden – hoppla – «Parallelgesellschaften» entstehen. Die Schweiz, ein Volk von Stämmen.

«Die freie Schulwahl führt nicht zu einer Verbesserung der Schulqualität», behauptet die Zürcher Regierung weiter. Bevorteilt würden insbesondere Reiche und Gebildete. Eltern mit «höherem Bildungsabschluss» besässen «mehr Informationen» und hätten «damit im Gegensatz zu bildungsfernen Eltern Wahlvorteile». Die Transportkosten, die entstehen, wenn Kinder eine Schule besuchen, die nicht gerade um die Ecke liegt, führten zu «sozialen Ungerechtigkeiten».

Ins Feld geführt werden schliesslich die Finanzen. Die freie Schulwahl bewirke «erhebliche Mehrkosten für Kantone und Gemeinden». Zudem sei sie organisatorisch kaum zu bewerkstelligen. Sie verunmögliche eine «verlässliche Schulplanung weitgehend». Den Behörden erwachse ein «erheblicher» zusätzlicher Überprüfungs- und Kontrollaufwand.

Für den Staat steht also fest: Ohne ihn geht in der Schulbildung nichts. Zum Wohl von Volk und Land muss er sein Vorrecht auf dem Bildungsmarkt verteidigen. Wenn er das Schulwesen dem Wettbewerb überlässt und private Konkurrenz im grossen Stil zulässt, drohen Bildungsverlust, soziale Ungerechtigkeit und eine furchteinflössende Spaltung der Gesellschaft.



Überraschende Resultate: Ökonom Wolter.

Zweifel an diesem apokalyptischen Gemälde sind angebracht. Es könnte ja auch sein, dass der Staat deshalb so vehement an seinem Bildungsmonopol festhält, weil er den Verlust von Macht und Einfluss befürchtet. Scheut er sich, wie die staatlich besoldeten Lehrer, vor der Herausforderung durch missliebige private Konkurrenz? Es lohnt sich jedenfalls, die Argumente für eine freie Schulwahl näher anzuschauen. Dabei kommt man in der Schweiz um einen Namen nicht herum: Pia Amacher aus Reinach BL. Die ehemalige Handarbeits- und Werklehrerin und Mutter dreier erwachsener Kinder hat die Sache

Dass die Staatsschulen sozial durchmischt seien, ist eine Mär.

der freien Schulwahl zu ihrer Lebensaufgabe gemacht. Manche sehen in ihr eine Art Staatsfeindin. Für Politiker und den Lehrerverband LCH ist sie ein rotes Tuch. Man sagt ihr nach, sie verfolge eine «Mission». Was offenbar als besonders gefährlich gilt.

Aus den Beschreibungen ihrer Gegner zu schliessen, müsste man sich fast ein wenig fürchten vor der Frau. Fehlanzeige. Die Tür in einer schlichten Backsteinsiedlung aus den 1960er Jahren öffnet eine zierliche, sympathische Person mit wachen braunen Augen. Die Hausherrin präsentiert sich charmant, witzig, gut gelaunt. Zu Gebäck, Coca-Cola zero und später einem Glas Feldschlösschen-Bier legt sie voller Energie ihre Argumente dar. Dass der politische Kampf bisher enttäuschend verlief, scheint keinerlei Spuren bei ihr hinterlassen zu haben.

Ihr Engagement führt Pia Amacher regelmässig in Länder, in denen die Schulwahl mehr

oder weniger verwirklicht ist. Auf einer Europakarte erläutert sie, dass die Schweiz beinahe das letzte Land des Kontinents ist, in dem der Staat den Eltern eine Schule vorschreibt. In den Niederlanden, Skandinavien, Irland und vielen anderen Ländern ist die Wahlfreiheit und damit die Vielfalt des Angebots grösser. Und die Bildungsbürokratie kleiner.

Platz auf einem A4-Blatt

Amacher schwärmt von einem Besuch beim finnischen Bildungsminister. Er zeigte ihr ein schlankes A4-Blatt – darauf fanden sämtliche Kernziele Platz, die am Ende der obligatorischen Schulzeit zu erreichen sind. Die Schulen bekommen das Blatt ausgehändigt. Wie und mit welchen Unterrichtsmethoden sie zum Ziel gelangen, bleibt ihnen überlassen.

Dass Freiheit und Verantwortung die Schulen anspornen: Das ist ein Kerngedanke der freien Wahl. Pia Amacher erzählt vom Beispiel eines finnischen Dorfs, das sie besucht hat. Es gab dort zwei Schulen. Die eine erhielt, weil sie sich einen guten Ruf erarbeitet hatte, immer mehr Anmeldungen, die andere immer weniger. Wie reagierte die schlechtere Schule? Das Lehrerkollegium besuchte kollektiv die erfolgreichere Alternative und erkundigte sich danach, was sie anders und möglicherweise besser machte. Die Folge: Auch die bisher eher mittelmässige Schule verbesserte sich. Der Wettbewerb steigerte die Qualität.

Die Idee der freien Schulwahl hat etwas bestechend Einfaches. Das Argument, sie sei zu kompliziert und führe in der Praxis zu einem Chaos, kontert Pia Amacher gelassen. Je weniger Vorgaben der Staat mache, desto besser. Als Regulator zwischen den Schulen wirke der Wettbewerb: «Gute Schulen laufen, schlechte gehen ein.» Der Grund sei simpel: «Niemand will sein Kind in eine Schule schicken, die nicht funktioniert und in der es nichts lernt.»

Amacher ist überzeugt, dass eine freie Schulwahl die Angebotsvielfalt erhöht – was letztlich den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder entgegenkomme. Die Liberalisierung des Volksschulwesens führe dazu, dass sich jede Schule anstrengen und profilieren müsse. Mit positiver Auswirkung auf die Leistung.

Die Autonomie habe den Effekt, dass sich Lehrer und Eltern enger mit ihrer Schule verbunden fühlten und sich stärker engagierten. Heute sei es oft so, dass sie sich gegenseitig die Schuld am Misserfolg eines Kindes zuschöben. In den Niederlanden, wo die Eltern die Schule frei wählen können, herrsche an Elternabenden eine andere, positivere Stimmung. «Die Eltern sind engagiert und informiert. Sie ziehen mit den Lehrern am selben Strick.» Schliesslich hätten sie die entsprechende Schule ja selber gewählt, so Amacher.

Ein zentraler Vorwurf der Gegner einer freien Schulwahl lautet, diese führe zu einer «Segregation» der Gesellschaft. Erfahrungen aus

«In Zukunft Salami taktik»

Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz, ist überzeugt, dass sich die freie Schulwahl durchsetzt. *Von Christoph Landolt*



«Die Zeit arbeitet für uns»: Amacher.

Frau Amacher, die freie Schulwahl, die Sie propagieren, scheitert überall. Sie müssen eine gebrochene Frau sein.

(Lacht) Ich bin alles andere als gebrochen. Es ist normal, dass ein Thema wie die freie Schulwahl seine Zeit braucht. Die Zeit arbeitet für uns. Mit jedem weiteren Kind, das in der Staatsschule ein Problem hat, kommen zwei weitere Befürworter dazu.

Zuletzt votierte der Zürcher Kantonsrat mit 147 zu 10 gegen eine Initiative der Elternlobby. Ist Ihre Strategie richtig?

Wir sind natürlich lernfähig. In Zürich verlangt die Initiative noch eine volle freie Schulwahl zwischen allen öffentlichen Schulen, ob die Trägerschaft nun staatlich oder privat ist. Das ist wohl zu viel auf einmal, die Schweizer haben es lieber Schritt für Schritt. In Zukunft werden wir eine Salami taktik anwenden. Das Thema ist dank unseren Maximalforderungen heute sehr bekannt, jetzt müssen wir dem Ziel langsam näherkommen.

In Solothurn hat sich das Parlament fast einstimmig dagegen ausgesprochen, die Initiative wurde deshalb zurückgezogen.

Wir wollen nicht blindlings ins Verderben rennen. Solothurn war der letzte Kanton, wo das Privatschulverbot aufgehoben wurde, nachdem man lange Angst

vor Jesuitenschulen hatte. Der Kulturkampf ist noch zu tief in den Köpfen.

Gemäss Umfragen gäbe es Mehrheiten für die Wahlfreiheit zwischen staatlichen Schulen. Würde die Elternlobby für dieses Modell kämpfen, oder ist sie zu sehr eine Privatschullobby?

Wir wären auf jeden Fall für eine solche Lösung. Wir überlegen uns, in Zukunft Zwillingssinitiativen einzureichen: eine Initiative für die Staatsschulwahl und eine zweite für Pro-Kind-Pauschalen an «freien Schulen», die im Gegensatz zu Privatschulen offen für alle sein wollen. Damit hätten wir mehr Chancen.

Zu den eifrigsten Verfechtern der freien Schulwahl gehören religiöse Kreise. In Zürich zum Beispiel steht nur die EDU hinter Ihrer Forderung.

Bisher haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, dass der Staat die Bewilligungen erteilt und somit fundamentalistische Schulen aus eigenem Antrieb stoppt. Aber dem Thema Schulen in konfessioneller Trägerschaft muss sich die ganze Gesellschaft stellen. Ich bin der Meinung, dass Religion ausserhalb der Schule stattfinden soll. Damit wäre die soziale Durchmischung nicht gefährdet.

Kritiker meinen, nach dem faktischen Ende der Dienstpflicht sei die Volksschule der letzte Ort, wo sich Arm und Reich treffen.

Es gibt dieses Idealbild der Dorfschule, wo alle Kinderlein ungeachtet ihrer Herkunft zusammen zur Schule gehen. Diese Dorfschule gibt es zum Teil noch. Die Realität in den Städten und Agglomerationen ist aber eine andere. Wenn Sie in einem Gettoquartier wohnen, geht Ihr Kind auch in eine Gettoschule.

Sie setzen sich seit 1996 für die freie Schulwahl ein, inzwischen hauptberuflich. Wann wird in der Schweiz die staatliche Zuteilung abgeschafft?

Es geht sicher nicht mehr so lang wie beim Frauenstimmrecht, das hundert Jahre gebraucht hat. Ich freue mich an den kleinen Fortschritten. Bald können in der ganzen Nordwestschweiz Gymnasiasten ihre Schule selbst wählen. In Dörfern wie Häggenschwil SG konnte die Sek gerettet werden, nachdem der Staat die Schule an eine private Trägerschaft übergeben hat und trotzdem bezahlt. Der Batzen fällt langsam, aber er fällt.

Ländern wie den Niederlanden zeigten, dass sich Gleich zu Gleich geselle, dass sich also beispielsweise «weisse» oder «schwarze» Schulen bildeten. Es profitierten vor allem die Reichen.

Den Einwand, die freie Schulwahl sei ungerecht und führe zu einer sozialen «Entmischung» der Gesellschaft, lässt Pia Amacher nicht gelten. Sie kehrt den Spieß um: Man wolle nicht wahrhaben, dass in der Schweiz eine «starke sozioökonomische Segregation» bestehe. Die Kinder wohlhabender Eltern seien heute gerade dank des Staatsschulsystems weitgehend unter sich.

Ausbruch aus dem Getto

Es ist ansatzweise ein ähnliches Phänomen zu beobachten, wie es der amerikanische Politologe und Autor Charles Murray in seinem aktuellen Bestseller «Coming Apart» beschreibt: Via Postleitzahl, also Wohnort, wählen sich wohlhabende Familien einen Lebensraum aus, in dem sie unter sich bleiben. Mit Schulen, in denen es garantiert keine Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten gibt – und einem Ausländeranteil, der gegen null tendiert.

Der zitierte Schweizer Pädagogikprofessor und Befürworter der freien Schulwahl, der anonym bleiben will, bestätigt den Befund. Dass die Staatsschulen sozial durchmischt seien, sei eine «Mär», sagt er. Das gelte höchstens noch für abgeschiedene Landgemeinden, aber nicht für die siebzig oder achtzig Prozent der Bevölkerung, die in Agglomerationsgebieten lebten. Dort seien die sozialen Schichten «perfekt getrennt»: sortiert durch Steuern und Immobilienpreise. Zudem könnten es sich wohlhabende Eltern bereits jetzt leisten, ihre Kinder in teure Privatschulen zu schicken.

Die freie Schulwahl erhöhe, entgegen dem Argument ihrer Gegner, die Chancen sozial schwacher Kinder, betont auch Pia Amacher. Es leuchtet ein: Wenn die Schule ihrer Wahl im Rahmen der durchschnittlichen Kosten eines Volksschulplatzes abgegolten wird, können sich auch ärmere Familien eine passende Schule auswählen. Und aus dem Getto ausbrechen, in dem sie heute oft gefangen sind.

Einzuwenden bleibt allerdings, dass die Nachfrage nach einer bestimmten Schule nach den Gesetzen des Marktes das Angebot verteuert. Die Elternlobby unterscheidet deshalb zwischen sogenannten freien Schulen und Privatschulen. Erstere sollen frei zugänglich und «gemeinnützig» ausgerichtet sein. Die Privatschulen können gewinnorientiert arbeiten und aufnehmen, wen sie wollen – sollen aber auch keine öffentlichen Mittel erhalten.

Ein interessanter Befund aus der Untersuchung des Bildungsforschers Stefan Wolter weist in eine ähnliche Richtung: Entgegen der Lehrmeinung der Experten sind es nicht die Wohlhabenden, die in der Umfrage für Wettbewerb plädierten, sondern der Mittelstand und ärmere Familien. Sie würden von einer



«Volksbildung ist Volksbefreiung»: Zschokke.

freien Schulwahl besonders profitieren, während reiche Familien bereits heute die Schule durch exklusive Wohnlagen bestimmen können. Weshalb sich die Linke vor diesem Hintergrund nicht für die Schulwahl für alle einsetzt, bleibt ihr Geheimnis.

Bleibt der Vorwurf höherer Kosten. Die freie Schulwahl verursache millionenteure Mehrausgaben, sagen die Verfechter der Staatsschule. Elternlobby-Präsidentin Amacher hält dagegen: Mittelfristig sei mit geringeren Ausgaben zu rechnen. Die Bürokratie, die ständig wächst und einen immer höheren Anteil an den Bildungsbudgets verschlingt, liesse sich grossräumig entschlacken. Der Staat solle nur noch dort tätig werden, wo es nötig ist. «Die einfachste und billigste Evaluation ist der Entscheid der Eltern für eine Schule», so Amacher.

Entlastung winke aber auch dadurch, dass die Kinder bei freier Schulwahl grundsätzlich eher eine Ausbildungsstätte besuchten, die ihren Fähigkeiten und Talenten entspricht.

Die FDP ist in ihrer Geschichte gefangen

Tatsächlich: Einer der kräftigsten Kostentreiber im Bildungsbereich sind die sogenannten sonderpädagogischen Massnahmen. Diese werden Schülern zuteil, die irgendeinen Mangel aufweisen und mit den genormten Anforderungen der Staatsschule nicht klarkommen. In Kantonen wie Zürich sind davon weit über die Hälfte der Kinder betroffen (genaue Zahlen würden nicht erhoben, teilt die Statistikabteilung des Zürcher Bildungsdepartements auf Anfrage mit). Heerscharen von therapeutischem Personal bevölkern die Volksschulen – eine Dienstleistung, die ins Geld geht. Und die die Frage aufwirft, ob die staatlichen Schulen überhaupt noch effizient arbeiten.

Die Argumente für mehr Freiheit, Eigeninitiative und Wettbewerb in den Schulen sind vernünftig und bedenkenswert – dennoch haben es die Anhänger einer freien Schulwahl in der Schweiz nach wie vor schwer, sich Gehör zu verschaffen. Eine breite und offen geführte Diskussion findet nicht statt.

Das hat vor allem zwei Gründe. Erstens einen historischen: Die Einführung und der unbestrittene historische Erfolg der Volksschulen sind eng mit der Entstehung des Bundesstaats von 1848 verbunden. Mit dem liberalen Umschwung von 1830 wurde in vielen Kantonen die Schulpflicht eingeführt. Die Radikalen und Liberalen versuchten das Schulwesen auf Bundesebene zu zentralisieren. Das freisinnige Projekt des Bundesstaats ging einher mit einer staatlichen Bildungsoffensive: «Volksbildung ist Volksbefreiung», rief der liberale Politiker und Aufklärer Heinrich Zschokke (1771–1848) aus. Die Schulen dienten nicht nur dazu, die individuelle Entwicklung zu fördern, sondern auch die Werte des liberalen Nationalstaats durchzusetzen. Und die konfessionell geprägten privaten Bildungsstätten zurückzudrängen.

Dagegen erwuchs Widerstand aus den Kantonen. Konservative – seien es Katholiken oder Protestanten, wie Friedrich Dürrenmatts Grossvater Ulrich – bekämpften die Bestrebungen nach Vereinheitlichung und Zentralisierung. 1882 wurde die Einführung eines eidgenössischen Schulsekretärs, des sogenannten Schulvogts, mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Reste dieses Kulturkampfes spuken heute noch in den Köpfen von Politikern herum. Anders ist kaum zu erklären, dass die FDP, die liberale Partei par excellence, die freie Schulwahl ablehnt. Die Volksschule ist ein Kind der Liberalen. Deshalb halten sie – entgegen ihrer liberalen Grundüberzeugung – an ihr fest.

Aber auch in den anderen grossen Parteien ist eine «kräftige Abwehrhaltung» gegenüber der freien Schulwahl zu beobachten, wie der Zuger CVP-Nationalrat und Schulunternehmer Gerhard Pfister feststellt. Ausnahmen sind etwa Filippo Leutenegger (ZH) in der FDP, Yvonne Gilli (SG) bei den Grünen, Chantal Galladé (ZH) bei der SP oder Claudio Zanetti (ZH) bei der SVP.

Gerhard Pfister versteht die Skepsis seiner Kollegen nicht. Die Schulwahl böte Lehrern und Schulleitern «die Chance für mehr Spielraum», so Pfister. Sie würde die Lehrer in eine bessere Position versetzen als jetzt, wo sie sowohl von den Eltern wie der Bildungsbürokratie, die ständig neue Reformen vorgibt, einem «gewaltigen Druck» ausgesetzt seien. Herrschte Wahlfreiheit, könnten sie sagen: «Seht hin, dies ist unser Angebot. *Take it or leave it.*»

Der zweite Grund, warum die Schulwahl auf so hartnäckigen Widerstand stösst, liegt in den Vorbehalten vieler Schweizer gegen die Ideologien, die sie hinter manchen Privatschulen vermuten (etwa bei den Rudolf-Steiner- oder



«Mehr Spielraum»: CVP-Nationalrat Pfister.

den Montessori-Schulen). Zu diesem Ergebnis kommt die zitierte Studie von Stefan Wolter. Hat die Schulwahl in der Schweiz unter diesen Voraussetzungen überhaupt eine Chance?

Mehrheit für freie Wahl der Staatsschule

Auch dazu liefert Wolters Untersuchung eine überraschende Antwort. Chancenlos sei lediglich die völlig freie Schulwahl, also die Finanzierung privater Schulen mit öffentlichen Mitteln. Eine Mehrheit – das erstaunt angesichts des geballten Widerstands etwas – spricht sich allerdings für eine Wahl zwischen öffentlichen Schulen aus. Die Autoren schliessen daraus, dass die Bevölkerung, anders als die Lehrer, mehr Wettbewerb, Vielfalt und Eigenverantwortung in der Schule grundsätzlich befürwortet.

Ansätze zu einer Wahl bestehen in verschiedenen Kantonen. In Basel-Stadt kann man ab der Sekundarstufe I die Staatsschule frei wählen. In Basel und im Kanton Zürich sind die staatlichen Gymnasien frei wählbar. Und 2014 wird in der Nordwestschweiz sogar eine kantonsübergreifende Gymi-Wahl eingeführt. Es ist nicht bekannt, dass es in diesen Kantonen zu einem unkontrollierbaren Chaos und einem rapiden Zerfall des Bildungsniveaus gekommen wäre.

Die freie Schulwahl, dieser Schluss drängt sich auf, scheitert in den Köpfen, nicht an der Praxis. Eine Frischzellenzufuhr in Form belebender Konkurrenz durch freien Wettbewerb zwischen den Schulen dürfte dem Bildungssystem nicht schaden, im Gegenteil. Zumal die Qualität der Schweizer Volksschulen gemäss Pisa-Studien und in Anbetracht der Tatsache, dass zwanzig Prozent der Schüler die obligatorische Schulzeit abschliessen, ohne richtig lesen und schreiben zu können, nicht über jeden Zweifel erhaben ist. ○